



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Konsequenzen ziehen aus der Krise der HSH-Nordbank

zu Drs. 16/2470

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf sicher zu stellen, dass die geplanten Dividenden-Zahlungen der HSH-Nordbank in Höhe von 200 Mio. Euro auf Einlagen von Investoren nicht geleistet werden.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass er kein Vertrauen mehr in den Vorstand der HSH-Nordbank hat und fordert die Landesregierung auf, dementsprechend gemeinsam mit den anderen Anteilseignern der Bank personelle Konsequenzen zu ziehen.
3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Höhe der Vergütungen für Vorstandsmitglieder und Manager der derzeitigen wirtschaftlichen Lage der HSH-Nordbank nicht entspricht. Er fordert die Landesregierung auf, sich in den entsprechenden Gremien für eine Reduzierung dieser Vergütungen einzusetzen.
4. Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass Finanzminister Wiegard seiner Aufgabe der Steuerung und Kontrolle der HSH-Nordbank nicht gerecht wird. Er fordert deshalb den Finanzminister auf, die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten.

5. Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass das von den Landesregierungen Hamburg und Schleswig-Holstein erarbeitete zukünftige Geschäftsmodell für die HSH-Nordbank nicht überzeugt. Insbesondere fehlen dem Landtag Informationen über die weiteren von der Landesregierung bzw. der HSH-Nordbank geprüften Modelle sowie den Kriterien, die der Entscheidung der Landesregierung zu Grunde liegen.
6. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung eindringlich auf, für die anstehenden Beratungen die gesamten Unterlagen allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehören die schriftlichen Unterlagen über die Bedingungen, die die SoFFin im November 2008 für die Übernahme der neuen Risiken formuliert hat sowie auch alle Vereinbarungen der Landesregierung mit der SoFFin und alle Zusagen der Landesregierung gegenüber der SoFFin.
7. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hält es für notwendig, den Bund bei einem Gesamtkonzept für die HSH-Nordbank zu beteiligen und fordert die Landesregierung auf, entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

Begründung:

In einer Situation, in der die Bank mit mehreren Mrd. Steuergeldern gestützt werden muss und in der eine drastische Reduzierung der Zahl der Arbeitsplätze geplant ist, kann es nicht hingenommen werden, dass es zu einer weiteren Gewinnausschüttung in Höhe von 200 Mio. Euro an Investoren kommt. Der Berichterstattung der Lübecker Nachrichten vom 22.2.2009 ist zu entnehmen, dass auch der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Stegner, diese Ausschüttung als „Skandal“ bezeichnet hat.

Insbesondere die unterbliebene Information des Finanzausschusses durch den Vorstand über die geplante Ausschüttung der o.g. Dividenden hat dazu geführt, dass das Vertrauensverhältnis über die Fraktionsgrenzen hinweg massiv gestört ist. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner wird im Hamburger Abendblatt vom 23.2.2009 wie folgt zitiert: „Die SPD wird deutlich machen, dass ein Vertrauen in den HSH-Vorstand nicht mehr vorhanden ist.“ Ministerpräsident Peter Harry Carstensen wird in den Kieler Nachrichten vom 24.2.2009 wie folgt zitiert: „Wir

brauchen eine umfassende Aufklärung der Verantwortlichkeiten und mit Blick auf die Abläufe in der Bank Konsequenzen - personelle wie organisatorische.“

Ein Bankenvorstand, der für hohe Verluste verantwortlich ist, kann nicht erwarten in gleicher Weise wie vorher vergütet zu werden. In den Lübecker Nachrichten vom 24.2.2009 wird dem Ministerpräsidenten Carstensen die Forderung nach Begrenzung der Vorstandsgehälter auf 500.000 Euro zugeschrieben.

Offensichtlich hat Minister Wiegard bereits im November 2008 - im Zusammenhang mit der damaligen Einwerbung der 30 Mrd. Euro-Garantiesumme von dem SoFFin – gegenüber dem Bund zugestimmt, dass alle Altlasten von den Alteigentümern getragen werden müssen und dass auch eine Kernkapitalquote von 7% von den Alteigentümern sicher gestellt werden muss. Daraus wird deutlich, dass alle späteren Bekundungen, man würde mit dem Bund über eine Beteiligung am Rettungspaket verhandeln, nur Täuschungen der Öffentlichkeit und des Landtages waren.

Karl-Martin Hentschel

Monika Heinold

und Fraktion